



European Trade Union Confederation (ETUC)  
Confédération européenne des syndicats (CES)

***Pariser Erklärung des EGB***  
**28. Mai 2009**

## **Pariser Erklärung des EGB**

Europa steht am Scheideweg. Es droht eine neue Massenarbeitslosigkeit. Das kommende Jahr wird eine Arbeitsplatzvernichtung in einem seit den 1930er Jahren ungekannten Ausmaß bringen. Die Antwort der (europäischen wie auch nationalen) Institutionen war bis jetzt nicht auf der Höhe des Problems.

Der Grund für diesen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist das in den letzten 30 Jahren vorherrschende neoliberale Wirtschaftsmodell. Sein Zusammenbruch hat die Wirtschaftskatastrophe ausgelöst, die Europa und der Rest der Welt gerade durchleben. Zu viele an der Spitze des aufgeblähten Finanzdienstleistungssektors hingen dem Glauben an die wundersame Geldvermehrung an. Langfristig ausgerichtetes und umsichtiges Handeln geriet ins Hintertreffen, als die Wall Street, London und andere Finanzzentren Gier und Spekulation als Losung ausriefen. Schon vor dem Zusammenbruch waren ein rascher Anstieg von Ungleichheiten, die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und der Druck, den Einfluss des Sozialstaates sowie die Arbeitnehmerrechte und Tarifverhandlungen einzuschränken, die Folge. Jetzt müssen noch die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die steigende Arbeitslosigkeit und ein in vielen Ländern eingetretener Nachfrageeinbruch hinzugerechnet werden.

Die Bürger erwarten von den Regierungen und den Gewerkschaften durch Maßnahmen des öffentlichen Sektors die Wiederherstellung des den Marktkräften überlassenen demokratischen Gleichgewichts. Der EGB fordert, dass der Finanzkapitalismus „nie wieder“ in die Lage kommen darf, der Welt, Europa und den Arbeitnehmern die Lasten einer solchen Krise aufzubürden und dass wachsende Ungleichheiten nie wieder auf Unterstützung, Indifferenz oder Missachtung der demokratischen Regierungen stoßen können.

Der EGB steht voll und ganz hinter den Argumenten der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Bekämpfung der Krise. Europa fällt dabei eine wichtige und besondere Rolle zu. Die EU verfügt als größte Wirtschaftseinheit der Welt über die einzigartige Möglichkeit, sowohl direkte als auch koordinierte Maßnahmen zu treffen. Sie muss daher vorangehen und nicht hinterherlaufen. Zu oft schien es, dass sie von den großen Ländern in den Hintergrund gedrängt wurde. Wenn sich die EU jedoch nicht zu konzertiertem Handeln für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durchringen kann, wird der Druck auf die großen Errungenschaften des Binnenmarktes, die Einheitswährung und Erweiterungspläne weiter zunehmen, da die Mitgliedstaaten dazu übergehen, ihre eigenen handels-, geld- und außenpolitischen Strategien zu entwickeln. Die EU muss ihre Verantwortung gegenüber den Mitgliedstaaten, die dem größten Druck ausgesetzt sind, wahrnehmen. Sie muß handeln, um zu verhindern, dass sie auf den Internationalen Währungsfonds angewiesen sind. IWF-Interventionen sollten jedenfalls eher auf die Wahrung des sozialen Zusammenhalts als auf die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Dienstleistungen abzielen.

Die EU benötigt eine überzeugende Strategie gegen die Arbeitslosigkeit. Der EGB fordert einen sozialen „New Deal“ in der EU als Triebkraft für soziale Gerechtigkeit sowie mehr und bessere Arbeitsplätze. Dieser umfasst folgende Kernpunkte:

**Mehr und bessere Arbeitsplätze: Investitionen in ein erweitertes europäisches Konjunkturprogramm**, um neue Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Der EGB fordert den Europäischen Rat und die Europäische Kommission auf, ein europäisches Investitionsprogramm in Höhe von jährlich 1 % des europäischen BIP in den nächsten drei Jahren aufzulegen. Es soll mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, Innovation, Forschung und Entwicklung fördern, die Beschäftigung in den Schlüsselindustrien sichern, in neue, umweltfreundliche und nachhaltige Technologien investieren sowie hochwertige öffentliche Dienstleistungen bewahren soll. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind Schlüsselemente zur Schaffung zusätzlicher und besserer Arbeitsplätze. Es ist Zeit für Europa, Arbeitnehmern die notwendigen Qualifikationen bereitzustellen, die nötig sind für eine energie- und ressourceneffiziente Industrie mit größt möglicher Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen während der Produktion - bei Einsatz nachhaltiger Technologien mit höher qualifizierten Arbeitsplätzen.

**Stärkung des Sozialsystems für mehr Sicherheit und Gleichstellung und zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung**  
Der EGB fordert eine umfassende und starke europäische Sozialagenda, um die Menschen in Arbeit zu halten und Schutz und geeignete Weiterbildungsmaßnahmen für alle Arbeitnehmer sicherzustellen. Dies unter Berücksichtigung der Vielfalt, insbesondere im Hinblick auf Gleichstellung der Geschlechter, und der Notwendigkeit zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts mit stabilem Einkommen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für alle. Sozialpolitik und öffentliche Dienste in Europa müssen bewahrt, ausgebaut und nicht durch eine strikte Anwendung des Stabilitätspakt unterhöhlt werden, indem übereilte und große Einschnitte zur Budgetkonsolidierung erfolgen, sobald die wirtschaftliche Aktivität aufhört, zu schrumpfen. Mit solchen Kürzungen würden sich die Mitgliedstaaten um die Teilnahme am wirtschaftlichen Aufschwung und die öffentlichen Dienste weiter in Bedrängnis bringen.

**Stärkung der Arbeitnehmerrechte und Beendigung der vorherrschenden Kurzfristorientierung der Märkte**  
Zur Eindämmung des Trends zu einem Anwachsen der Ungleichheiten sind stärkere Rechte, insbesondere auf transnationaler Ebene, vonnöten. Der EGB fordert ein Protokoll zum sozialen Fortschritt, das sozialen Rechten und Kollektivmaßnahmen sowie der Stärkung einer auf Gleichbehandlung und Einhaltung der am Einsatzort geltenden Rechtsvorschriften aufbauenden Entsenderichtlinie Vorrang einräumt. Der EGB reklamiert auch effiziente Arbeitnehmermitbestimmung, eine Demokratisierung der Arbeitswelt sowie wirtschaftliche und soziale Demokratie. Die Stärkung der Arbeitnehmerrechte ist besonders dringend erforderlich, um die zunehmende Verbreitung unterschiedlicher Formen von unsicheren und

atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu stoppen. Eine wirksame Arbeitszeitrichtlinie ohne Opt-out-Regelungen ist dringend vonnöten.

**Mehr Lohn: Stärkung der Kollektivverhandlungen**  
Lohnstopps und Nominallohn- bzw. Pensionskürzungen sind zurückzuweisen. Bei Einbrechen der Nachfrage ist die Wahrung der Kaufkraft ein Gebot der Stunde. Der EGB setzt sich daher für eine Stärkung der Tarifverhandlungen und der zugehörigen Lohnfindungsinstrumente ein, um zur Unterstützung des Wirtschaftsaufschwungs angemessene Mindestlöhne in allen europäischen Ländern sowie Reallohn- und Pensionserhöhungen sicherzustellen. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss sich künftig auch für Wachstum sowie mehr und bessere Arbeitsplätze einsetzen und nicht nur für Preisstabilität. Die EZB darf nicht versuchen, die Lohnverhandlungen durch übereilte Zinserhöhungen nach der scheinbaren Bewältigung der unmittelbaren Krise zu beeinflussen bzw. zu schwächen. Der EGB fordert die Einrichtung eines Beratungsgremiums mit Vertretern der europäischen Sozialpartner innerhalb der EZB.

**Europäische Solidarität als Schutz gegen die Exzesse des Finanzkapitalismus:** Wirksame Regulierung der Finanzmärkte und gerechte Verteilung des Wohlstandes sind unumgänglich und es darf kein Zurück zum Kasinokapitalismus bzw. zum „Business as usual“ der letzten 20 Jahre auf den Finanzmärkten geben. Der EGB fordert eine markante Erhöhung der europäischen Sozialausgaben durch eine Ausdehnung der Aktivitäten der europäischen Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Auch der Steuerwettbewerb muss angegangen und die Steueroasen müssen geschlossen werden, da dies eine Bedrohung für die Steuerbasis der Länder und das soziale Europa darstellt. Vor allem die Anstrengungen zur Harmonisierung der Körperschaftssteuer und anderer Unternehmenssteuern müssen verstärkt werden. Europa muss bei der Finanztransaktionssteuer eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die verstärkte Berücksichtigung von Sozialthemen in allen europäischen Politikbereichen, die Einführung von Sozialvorschriften für Transaktionen der öffentlichen Hand, die Anerkennung entsprechender Tarifvereinbarungen, die Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen durch Sozialdumping oder Deflationspolitik, die Sicherung von Pensionen und Leistungen sowie der Ausbau der Mindestlöhne und Tarifbindung sind von entscheidender Bedeutung. Die soziale Dimension Europas führte zu lange nur ein Schattendasein. Jetzt ist es an der Zeit, Europa zu stärken und seine sozialen Ambitionen wiederzubeleben.

Der EGB wird in nächster Zeit seine Strategien weiterentwickeln und mobilisieren, um die gewaltigen Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich einer auf Innovation, Forschung und nachhaltiger Entwicklung basierenden Industriepolitik, zu meistern. Der EGB wird zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere den IGB-Aktionstag für menschenwürdige Arbeit (7. Oktober) unterstützen. Der EGB ruft den Europäischen Rat, das neu gewählte Europäische Parlament und die neue Kommission auf, rasch zu handeln. Der EGB fordert die Wirtschaft auf, in

einen sozialen Dialog zu diesen Themen einzutreten und mitzuhelfen, die Krise zu bewältigen.

Diese Erklärung verfolgt zweierlei Ziele: **Die Krise bekämpfen – und die Nachkrise meistern**. Eine weite Verbreitung und breite Diskussion dieser Inhalte ist vonnöten, da Europa das Desaster in der Finanzwelt hart trifft. Die europäische Gewerkschaftsbewegung muss jedoch die Gelegenheit ergreifen, um eine bessere, gerechtere Gesellschaft und ein stärkeres, besser integriertes Europa zu schaffen. Die immense Beteiligung der Arbeitnehmer an den EGB-Demonstrationen von Mitte Mai hat gezeigt, dass die Unterstützung unserer Agenda weiter zunimmt. **Die Mitgliedsorganisationen verpflichten sich zur Mobilisierung für die Agenda der Pariser Erklärung des EGB.**

\*\*\*\*\*